

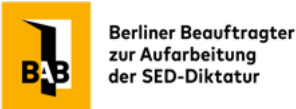


JAHRESBERICHT 2025

UOKG 

UNION DER OPFERVERBÄNDE KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT e.V.

Die UOKG wird gefördert durch:



Inhaltsverzeichnis

- 5 Einleitung
- 6 Unser Selbstverständnis
- 7 Beratungsprojekte der UOKG
- 8 Erfolg vor dem Verfassungsgericht Berlin: Rechte von Betroffenen gestärkt
Die UOKG in der Öffentlichkeit: Veranstaltungen
- 9 Dritter Bundeskongress politisch verfolgter Frauen in Dessau
- 11 Berlin Freedom Week: Film „Verlorene Zeit. Gegen das Schweigen“
- 12 Vernissage zur Wanderausstellung „Jugendstrafvollzug in der DDR“
Die UOKG in der Öffentlichkeit: Mitwirkung
- 13 Geschichtsmesse 2025 in Suhl
- 14 Podiumsdiskussion „Auf der anderen Seite der Mauer“ in Berlin
- 15 Aktionsstand und Infofilm beim Campus-Kino in Berlin
- 16 Symposium „Was Menschen Menschen antun“
- 17 Tagung „Arbeit, Gewalt und Zwang“ in Halle (Saale)
- 18 Verbandszeitschrift „der stacheldraht“
Die UOKG in der Öffentlichkeit: Publikationen
- 19 Der UOKG Newsletter
- 20 Der Wochenrückblick
- 21 Die Wanderausstellung „Mauern. Gitter. Stacheldraht“
- 22 Die UOKG im Internet
- 23 Die UOKG in den Sozialen Medien
Die UOKG im politischen Raum
- 24 Die Verabschiedung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze
- 25 Der bundesweite Härtefallfonds
- 26 Gespräche im Deutschen Bundestag
- 27 Fachgespräche im Deutschen Bundestag
- 28 Beiräte und weitere Gesprächsrunden
Wissenschaftlich-konzeptionelle Arbeit
- 29 Rechercheprojekte zur Zwangsarbeit in den StVA Berlin-Rummelsburg und Hoheneck
- 30 Studie zur Lieferkette des VEB Pentacon in der StVE Cottbus
- 31 Vorträge zur Haft-Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR
Aktivitäten der UOKG mit ihren Verbänden
- 32 UOKG-Verbandetreffen im Sommer und Herbst 2025
- 33 UOKG-Mitgliederversammlungen im Sommer und Herbst 2025
- 34 Gemeinsames Gedenken
- 36 Gedenkfahrt zum NKWD-Lager Nr. 2 in Toszek/Polen
- 38 Jahrestreffen der „Platform of European Memory and Conscience“ in Sofia
- 39 Beteiligungsverfahren für einen Gedenkort in Neubrandenburg
- 40 Protest und Gedenken am Lenin-Denkmal am Großen Dreesch in Schwerin
- 41 Veranstaltungen und Protest #gegenzwangsarbeit in Berlin und Essen
- 42 **Die Struktur der UOKG**
- 43 Mitgliedsverbände der UOKG, Assoziierte
- 44 Der Vorstand
- 45 Die Geschäftsstelle
- 46 Die Beratungsstelle
- 47 Die Regionalbeauftragten, Die UOKG im Internet
- 48 Impressum, Spendenkonto, Fördergeber



Einleitung

Liebe Mitglieder, sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2025 war geprägt von der praktischen Umsetzung des Sechsten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes, die immer wieder in den Fokus rückte. Nach seinem Inkrafttreten am 1. Juli 2025 erreichten die Beratungsstelle der UOKG zahlreiche Anfragen zu konkreten Verbesserungen und insbesondere zu den geplanten Verordnungen zu gesundheitlichen Folgeschäden. Auch der bundesweite Härtefallfonds, der von den Betroffenen lange erwartet worden war, nahm am 9. November 2025 seine Arbeit auf. In diesem Zusammenhang gab es ebenfalls zahlreiche Nachfragen zur Antragstellung.

Im Jahr 2025 fanden zudem zahlreiche Aktivitäten gemeinsam mit unseren Mitgliedern statt. So unterstützten wir den Gedenkort Lindenberg e.V. bei der Auseinandersetzung zwischen der Stadt und engagierten Bürgerinnen und Bürgern hinsichtlich des ehemaligen UHA-/Militärgeländes in Neubrandenburg. In diesem Zusammenhang wurde ein Moratorium vereinbart, das in einen Workshop- und Mediationsprozess zur weiteren Nutzung des Areals mündete.

Auch die Bemühungen der Initiativgruppe NKWD-Lager Tost/Oberschlesien zur Lokalisierung eines Massengrabes unterstützte die UOKG, indem sie Grabungen durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge im Rahmen einer Gedenkfahrt organisierte.

Das Lenin-Denkmal in Schwerin/Dreesch steht bis heute an seinem ursprünglichen Standort aus der späten DDR-Zeit, ohne eine angemessene Kontextualisierung. Dies nahm die Lagergemeinschaft Workuta mit Unterstützung der UOKG zum Anlass für eine Protestaktion im Juni. Dabei wurden die Namen der Verstorbenen verlesen, und ein Zeitzeuge berichtete eindrucksvoll von seinen persönlichen Erlebnissen.

Gemeinsam mit unserem Mitglied, dem Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen in der SBZ/DDR-Diktatur, planten und realisierten wir im September den dritten Bundesfrauenkongress, der in diesem Jahr besonders emotional geprägt war.

Auch die Haftzwangsarbeit in der DDR blieb ein zentrales Thema für die UOKG. So wurden mehrere Protestaktionen vor Filialen des Discounters Aldi durchgeführt sowie weitere Forschungen zu Lieferketten angestoßen, initiiert und begleitet.

Bei der langjährigen Forderung der UOKG nach einem Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft konnten im Jahr 2025 weitere Fortschritte erzielt werden. So wurden im Herbst 2025 fünf Millionen Euro für die Errichtung des Mahnmals im Bundeshaushalt veranschlagt. Dadurch konnten die Planungen für den im Jahr 2026 vorgesehenen Wettbewerb weiter vorangetrieben werden.

Im Namen des gesamten Vorstands danke ich unseren Mitgliedern, Förderern, Unterstützern und Mitarbeitenden herzlich für ihr Engagement und ihre verlässliche Unterstützung bei der Umsetzung unserer vielfältigen Aufgaben.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Dieter Dombrowski



Unser Selbstverständnis

Die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) ist der Dachverband für knapp vierzig Vereine und Initiativen der kommunistisch Verfolgten im Westen und im Osten Deutschlands.

Die UOKG wurde 1991 gegründet und hat ihren Sitz im Gebäude des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR in Berlin-Lichtenberg. Sie ist Mitglied der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener (Inter-Asso) und Opfer des Kommunismus und in der Platform of European Memory and Conscience (PEMC).

Zu den Mitgliedern der UOKG gehören die Lagergemeinschaften der Speziallager, der Bund der Vertriebenen, Zusammenschlüsse politischer Gefangener im sowjetischen Gulag, politischer Häftlinge der SED-Diktatur, Zwangsausgesiedelter und Enteigneter, verfolgter Schüler, ehemaliger Heimkinder sowie Menschenrechtsorganisationen.

Die UOKG vertritt die Interessen der Opfer und ihrer Verbände gegenüber den politischen Entscheidungsträgern. Mit ihren Beratungsstellen setzt sie sich für die Anerkennung aller Opfer und deren Entschädigung im Rechtsstaat ein.

Mahnmale, Gedenkveranstaltungen, wissenschaftliche Aufarbeitung und Ausstellungen halten die Erinnerung an die Leiden der Opfer der SED-Diktatur wach.



Gedenken an die Opfer des NKWD-Lagers Tost in Toszek/Polen im Mai 2025. Foto: UOKG 2025

Beratungsprojekte der UOKG

Seit 2007 bietet die UOKG eine juristische und eine soziale Beratungsstelle für Menschen an, die in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR politisch verfolgt und Opfer rechtsstaatswidriger Maßnahmen wurden. Die juristische Beratungsstelle unterstützt Betroffene und Opfer der SED-Diktatur in Rehabilitierungsangelegenheiten und bei daraus resultierenden Folgeansprüchen. Jemand, der in der DDR aus politischen Gründen inhaftiert oder aus sachfremden Gründen in ein Heim oder die Psychiatrie eingewiesen wurde, kann eine strafrechtliche Rehabilitierung beantragen. Die Beratungsstelle schätzt die Erfolgsaussichten eines (wiederholten) Rehabilitierungsantrages ein und unterstützt bei der gerichtlichen Korrespondenz, insbesondere beim Verfassen von Stellungnahmen und Beschwerdeschriften. Beraten wird zudem in Hinblick auf die sogenannte Opferrente, die Kapitalentschädigung und im sozialen Entschädigungsrecht. Die juristische Beratungsstelle unterstützt und berät ferner hinsichtlich verwaltungsrechtlicher und beruflicher Rehabilitierungsfragen.

Im Januar 2025 wurde das SED-Unrechtsbereinigungsgesetz novelliert. Davon sind das verwaltungsrechtliche (VwRehaG), das berufliche (BerRehaG) und das strafrechtliche (StrRehaG) Rehabilitierungsgesetz tangiert. Konkret wurden Verbesserungen bei der Opferrente wie Erhöhung, Dynamisierung und Bedürftigkeitswegfall gesetzlich verankert. Bei den Ausgleichszahlungen für beruflich Verfolgte und verfolgte Schüler (BerRehaG) wurde eine Reduzierung der Verfolgungszeit, eine Erhöhung, eine Dynamisierung u.a. normiert. Weiterhin wurden die Gruppe der Betroffenen erweitert, indem die Opfer von Zersetzung außerhalb der ehemaligen DDR einbezogen und für die Opfer von Zwangsaussiedlung eine Einmalzahlung festgelegt wurden. Außerdem wurde die Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden durch eine kriterienbasierte Vermutungsregelung vereinfacht. Zusätzlich zu den Härtefallfonds in den ostdeutschen Bundesländern wurde bei der „Stiftung für ehemalige politisch Verfolgte“ ein bundesweiter Härtefallfonds eingerichtet, um Unterstützungsmöglichkeiten unabhängig vom Wohnort der Betroffenen zu schaffen.

Die Umsetzung dieser Neuregelungen kann sich im Einzelfall jedoch schwierig gestalten. Die juristische Beratungsstelle der UOKG verfolgt und begleitet Rehabilitierungsverfahren und kann daher die jeweiligen Erfolgsaussichten gut einschätzen und entsprechend individuell beraten. Anders als im Zivilrecht gibt es in Rehabilitierungsverfahren nicht den sog. Beibringungsgrundsatz, d.h. Gericht und Behörde müssen grundsätzlich von sich aus den Sachverhalt ermitteln („von Amts wegen“) und rechtlich einordnen. Daher sollte juristische Unterstützung für Betroffene nicht unbedingt erforderlich sein und aus diesem Grund besteht auch kein Anwaltszwang vor dem Land-, bzw. Oberlandesgericht. In vielen Fällen hat sich jedoch gezeigt, dass rechtliche Unterstützung für einen Rehabilitierungserfolg mit entscheidend sein kann.

Die soziale Beratung fungiert als Lebenshilfe für Betroffene von SED-Unrecht. So kann die soziale Beratungsstelle bei Problemen aller Art wie der Auseinandersetzung mit Sozialämtern oder Krankenkassen helfen.

Zudem verfügt die UOKG über eine Beratungsstelle speziell für Betroffene von Zwangsadoptionen. Wie bei der juristischen und sozialen Beratung ist auch hier die Unterstützung breit gefächert.

Die Beratung ist für jeden kostenlos. Die Beratungsstelle der UOKG wird gefördert vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

[\[www.uokg.de/beratungsteam\]](http://www.uokg.de/beratungsteam)

Beratungsprojekte der UOKG

Erfolg vor dem Verfassungsgericht Berlin: Rechte von Betroffenen gestärkt

Ein Betroffener, der in der DDR zu einer Haftstrafe verurteilt worden war, konnte mit Unterstützung der juristischen Beratungsstelle der UOKG einen wichtigen Erfolg erzielen. Der Verfassungsgerichtshof Berlin gab seiner Verfassungsbeschwerde statt und stellte fest, dass das Kammergericht den Sachverhalt nicht ausreichend von Amts wegen aufgeklärt hatte. Statt sich eigenständig mit den Hinweisen auf eine politische Mitursächlichkeit zu befassen, hatte es im Wesentlichen auf die Feststellungen der DDR-Justiz zurückgegriffen.

Der Verfassungsgerichtshof betonte, dass Gerichte verpflichtet sind, allen Hinweisen auf politische Hintergründe nachzugehen und sämtliche Möglichkeiten der Amtsermittlung auszuschöpfen. Für die Überzeugungsbildung genügt dabei eine überwiegende Wahrscheinlichkeit. Auch die Gesamtwürdigung vieler Umstände oder eine ungewöhnlich harte Strafe können entscheidende Hinweise sein.

Das Verfahren wurde an das Kammergericht zurückverwiesen. Dieses kann den Antrag zwar erneut ablehnen, muss dabei jedoch die Grundrechte des Betroffenen stärker berücksichtigen. Die Chancen auf eine Rehabilitierung haben sich damit spürbar verbessert.

Besonders hervorzuheben ist, dass es sich bereits um die dritte Verfassungsbeschwerde handelt, die von der juristischen Beratungsstelle der UOKG verfasst und beim Verfassungsgerichtshof Berlin eingereicht wurde – und alle drei waren erfolgreich. Dies zeigt nicht nur die Wirksamkeit der Arbeit der Beratungsstelle der UOKG, sondern macht auch deutlich, dass es bei den Rehabilitierungsgerichten erhebliche Defizite gibt. Der Beschluss vom 25. Juni 2025 trägt das Aktenzeichen VerfGH 83/23. Die gesamte Entscheidung kann hier nachgelesen werden: [www.tinyurl.com/UOKG2251].



Verfassungsgerichtshof Berlin (Illustration). Foto: UOKG 2025

Die UOKG in der Öffentlichkeit: Veranstaltungen

Dritter Bundeskongress politisch verfolgter Frauen in Dessau

Vom 26. bis 28. September 2025 fand in Dessau-Roßlau der Dritte Bundeskongress politisch verfolgter Frauen in der SBZ und DDR statt. Die Wahl des Tagungsortes war bewusst getroffen: In Dessau existierte ab 1974 ein Haftarbeitslager, in dem zunächst rund 300, später bis zu 1.000 meist junge Frauen inhaftiert waren. Während ihrer Haft wurden sie zu Zwangsarbeit in verschiedenen Betrieben verpflichtet – unter anderem im VEB Fotochemisches Kombinat Wolfen und im Elektromotorenwerk VEB Elmo Dessau.

Rund 110 Gäste aus allen Ecken Deutschlands kamen zu diesem Kongress zusammen – darunter vor allem Frauen, die in der DDR aufgrund politischer Gründe inhaftiert, überwacht oder anderweitig verfolgt worden waren. Ziel der Veranstaltung war es, die Erfahrungen dieser Frauen sichtbar und öffentlich zu machen, das erlittene Unrecht weiter aufzuarbeiten und den gegenseitigen Zusammenhalt der Betroffenen zu stärken. Zugleich sollten konkrete Forderungen an Politik und Gesellschaft formuliert werden, um eine angemessene Anerkennung und Entschädigung sowie eine historische Aufklärung auf diesem Gebiet sicherzustellen.

Im Mittelpunkt des Kongresses standen die persönlichen Berichte der Betroffenen. In bewegenden Beiträgen schilderten die Frauen ihre Inhaftierungen, die Verhöre durch die Staatssicherheit, psychische und physische Misshandlungen sowie den Verlust von Familie, Beruf und gesellschaftlicher Stellung. Viele erzählten auch von der sozialen Ausgrenzung, die sie nach ihrer Freilassung weiterhin erlebten. Erstmals kamen auch Kinder von verfolgten Frauen zu Wort. *[weiter auf Seite 10]*



Eröffnung des Bundesfrauenkongresses in Dessau. Foto: UOKG 2025

Die UOKG in der Öffentlichkeit: Veranstaltungen

Dritter Bundeskongress politisch verfolgter Frauen in Dessau

Besonders eindrücklich berichteten Töchter von den Erfahrungen während der Haftzeit ihrer Mütter – von Trennungen, Angst und dem Schweigen, das oft viele Jahre über der Vergangenheit lag. Diese Berichte zeigten eindrucksvoll, dass die angeblich „soziale“ DDR sich nicht um ihre Bürgerinnen und Bürger sorgte und ihnen Hilfestellung bot, sondern andersdenkende und -lebende Menschen systematisch kriminalisierte, ausgrenzte und ihren Lebensweg zerstörte.

Zum Abschluss des Kongresses verabschiedeten die Teilnehmenden eine Resolution, die unter anderem die untenstehenden Forderungen enthält. Der Kongress war von tiefen Emotionen geprägt, gleichzeitig wurde deutlich, wie wichtig diese Form des Austauschs ist: Die Rückmeldungen waren durchweg positiv. Viele Teilnehmerinnen reisten gestärkt ab – im Bewusstsein, nicht allein zu sein und gemeinsam für Gerechtigkeit einzutreten.

Der Dritte Bundesfrauenkongress in Dessau war ein wichtiger Schritt zur Sichtbarmachung der Opferbiografien von Frauen und ihren Angehörigen in der DDR-Diktatur. Er trug nicht nur zur individuellen Verarbeitung des Erlebten bei, sondern setzte auch ein starkes politisches Signal für Gerechtigkeit, Erinnerung und Aufklärung.

Wir danken allen Betroffenen, Angehörigen, Gästen und helfenden Händen für ihren Beitrag zum Gelingen des Kongresses sowie dem Hotel Radisson Blu Dessau für die warmherzige und professionelle Betreuung.

Auf der Webseite der UOKG [www.uokg.de] finden Sie Video-Mitschnitte der Vorträge und Podien des Kongresses, des weiteren ist eine gedruckte Publikation bestellbar.



Konstanze Helber (links) und Evelyn Zupke beim Kongress in Dessau. Foto: UOKG 2025

Die UOKG in der Öffentlichkeit: Veranstaltungen

Berlin Freedom Week: Film „Verlorene Zeit. Gegen das Schweigen“

Im Rahmen der Berlin Freedom Week veranstaltete die UOKG in Kooperation mit der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. am 14. November 2025 einen Filmabend mit anschließender Podiumsdiskussion.

Gezeigt wurde der Dokumentarfilm „Verlorene Zeit. Gegen das Schweigen“ von Torsten Eckold und Stefanie Falkenberg, der eindringlich veranschaulicht, wie tiefgreifend staatliche Willkür das Leben junger Menschen in der DDR prägen konnte.

Vier Betroffene kehren an prägende Orte ihrer Vergangenheit zurück – Orte, die für Unfreiheit, Gewalt und Erniedrigung stehen. Sie berichten von ihren Erfahrungen und machen den Schmerz darüber spürbar, wie nachhaltig ihnen diese Jahre genommen wurden.

Mit großer Offenheit sprechen die Protagonistinnen und Protagonisten über Erlebnisse, über die lange geschwiegen wurde. So verleiht der Film Stimmen Gewicht, die allzu oft ungehört blieben. Er macht deutlich: Aufarbeitung ist mehr als ein Blick zurück – sie bedeutet auch, Erinnerungen sichtbar zu machen und ihnen Raum zu geben. Die Filmemacher setzen damit ein bewusstes Zeichen gegen das Schweigen und laden dazu ein, genauer hinzusehen.

Im Anschluss an die Vorführung entwickelte sich ein intensives Gespräch mit dem Regisseur und der Regisseurin sowie dem Historiker Dr. Christian Sachse, dem Künstler Manfred May und der Zeitzeugin Anne Hahn, das dem Publikum zusätzliche Perspektiven und persönliche Einblicke eröffnete.



Podium zum Film „Verlorene Zeit. Gegen das Schweigen“ am 14. November. Foto: UOKG 2025

Die UOKG in der Öffentlichkeit: Veranstaltungen

Vernissage zur Wanderausstellung „Jugendstrafvollzug in der DDR“

Die Wanderausstellung „Jugendstrafvollzug in der DDR“ wurde von Dezember 2025 bis Februar 2026 auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg präsentiert. Veranstalter waren die UOKG in Kooperation mit dem Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv sowie dem Verein Zeit-Geschichte(n) e. V. aus Halle.

Ziel der Ausstellung war die Vermittlung eines bislang wenig beachteten Aspekts der DDR-Geschichte: des Jugendstrafvollzugs und der Lebensbedingungen in den sogenannten Jugendhäusern. Anhand von 16 Ausstellungstafeln sowie ausgewählten Objekten, Fotografien und persönlichen Dokumenten wurde der Haftalltag in mehreren Einrichtungen dargestellt. Thematisiert wurden insbesondere die strukturellen Rahmenbedingungen, die Disziplinierungspraktiken sowie individuelle Handlungsspielräume der Inhaftierten.

Die Vernissage am 11. Dezember 2025 umfasste Grußworte der SED-Opferbeauftragten Evelyn Zupke sowie der Vizepräsidentin des Bundesarchivs Alexandra Titze und der BStA durch Amélie zu Eulenburg. Es folgten ein Fachvortrag von Udo Grashoff zur Struktur und Praxis des Jugendstrafvollzugs in der DDR sowie ein Zeitzeugengespräch mit Ralf Steeg, der aus seiner Haftzeit als Jugendlicher berichtete. Im anschließenden Publikumsgespräch wurden insbesondere Fragen zu den langfristigen Folgen der Inhaftierung sowie zur gesellschaftlichen Aufarbeitung diskutiert.

Ergänzend fand eine geführte Begehung der Ausstellung mit dem Kurator Udo Grashoff statt. Dabei wurden Konzeption, Quellengrundlagen und zentrale inhaltliche Schwerpunkte erläutert. Die Führung ermöglichte eine vertiefende Auseinandersetzung mit den präsentierten Materialien und wurde von den Teilnehmenden intensiv genutzt.



Podium zur Vernissage mit Ralf Steeg (links) und Prof. Dr. Udo Grashoff. Foto: UOKG 2025

Die UOKG in der Öffentlichkeit: Mitwirkung

Geschichtsmesse 2025 in Suhl

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur lädt jedes Jahr Vertreterinnen und Vertreter aus staatlichen Institutionen, zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und Lehrende ins Ringberghotel Suhl ein, um an drei Tagen über deutsch-deutsche, aber auch internationale Themen zu diskutieren. 2025 stand die Geschichtsmesse unter dem Motto: „Was ist Deutschland? Einheit und Vielheit 35 Jahre nach der deutschen Vereinigung in Europa“.

Neben den Podiumsdiskussionen und einem abendlichen Kulturprogramm gehören vor allem die Projektpräsentationen zum festen Bestandteil der Geschichtsmesse. Die präsentierenden Institutionen stellen in halbstündigen Panels ihre Projekte vor und beantworten die Fragen der Zuschauer. Bei den Projekten handelt es sich um wissenschaftliche Arbeiten, Ausstellungs- und Bildungsprojekte sowie digitale Angebote der politisch-historischen Arbeit.

Dr. Peter Keup stellte die in Planung befindliche Wanderausstellung zum Paragraphen 249 vor, die in Kooperation mit der Ausstellungsagentur exhibeo e. V. erarbeitet wird.

**ERZIEHUNG
DURCH
ARBEIT**
„Asoziale“
als Staatsfeinde
in der DDR

[KONTEXT](#) | [BIOGRAFIEN](#) | [STANDORT & STATIONEN](#)

Angelika Kurtz (*1956)

Angelika Kurtz (geb. Krüger) wächst zusammen mit ihren drei Geschwistern in Eberswalde auf. Als sie in der 3. Klasse ist, heiratet ihre Mutter ihren neuen Partner. Für Angelika Kurtz hat dies weitreichende Konsequenzen: Ihr Stiefvater ist gewalttätig. Häufig werden sie und der ältere Bruder verprügelt. Später missbraucht der Stiefvater sie sexuell.

Angelika Kurtz bekommt keine Hilfe in dieser Situation: In der Schule werden die Zeichen der Misshandlungen ignoriert, das Jugendamt glaubt den Eltern mehr als ihr, der sexuelle Missbrauch wird nicht wahrgenommen.

„SEXUELLER MISSBRAUCH, SCHLÄGE, UND DANN SETZT HALT DAS ERLERNTE VERHALTEN EIN: WEORENNEN, WEORENNEN.“

Angelika Kurtz 2025 im Interview

Angelika Kurtz läuft in ihrer Not immer wieder von zu Hause weg – häufig zu ihrer Oma – und fehlt auch in der Schule. Deshalb wird für sie im Juni 1971 eine vorläufige Heimerziehung und kurz darauf die Einweisung in einen Jugendwerkhof angeordnet. Ende März 1973 wird die noch minderjährige Angelika Kurtz zurück ins Elternhaus entlassen. Dort gehen die Schläge und der sexuelle Missbrauch weiter. Angelika Kurtz flüchtet erneut. Ihre Oma lebt nicht mehr und sie findet Zuflucht bei einer Freundin. Da sie nicht mehr zur Arbeit geht, läuft gegen sie ein Ermittlungsverfahren wegen „asozialen Verhaltens“. Im September 1974 wird Angelika Kurtz bei einer Ausweisekontrolle auf der Straße verhaftet und kurz darauf nach Paragraph 249 zu zwei Jahren „Arbeitserziehung“ verurteilt.

Nach ihrer Entlassung bekommt sie eine kleine Wohnung und eine Arbeitsstelle zugewiesen. Angelika Kurtz verliebt sich und heiratet. Sie bekommt ihren ersten



Angelika Kurtz (links) mit ihrer Oma und ihren drei Geschwistern. Vor der Gewalt zu Hause flüchtet sie sich immer wieder zu ihrer Oma und wird dort regelmäßig von ihren Eltern oder der Polizei eingeschleppt.
© Privatarchiv Angelika Kurtz

Webseite der Wanderausstellung zum DDR-Paragraphen 249 „Erziehung durch Arbeit“

Die UOKG in der Öffentlichkeit: Mitwirkung

Podiumsdiskussion „Auf der anderen Seite der Mauer“ in Berlin

Am 18. März 2025 lud der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zu einer Podiumsdiskussion unter dem Titel „Auf der anderen Seite der Mauer. Ostdeutsche Blicke auf Revolution und Einheit aus dem Westen“ in das Casino des Abgeordnetenhauses von Berlin ein. Im Mittelpunkt standen die Erfahrungen von Menschen, die unter der SED-Diktatur litten oder bereits vor dem Ende der DDR in die Freiheit gelangten, sowie deren Perspektiven auf die Friedliche Revolution und den Wiedervereinigungsprozess.

Zu den Gesprächsgästen zählten der Vorsitzende der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V., Dieter Dombrowski, der DDR-Bürgerrechtler Ralf Hirsch, die wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V., Dr. Annette Schuhmann sowie der Fluchthelfer Dr. Burkhard Veigel.

Im anschließenden Publikumsgespräch wurden zentrale Fragen der Erinnerungskultur und gesellschaftlichen Anerkennung von Verfolgungsschicksalen diskutiert. Teilnehmende brachten persönliche Erfahrungen ein und erörterten, wie die Perspektiven ehemaliger DDR-Bürgerinnen und -Bürger im vereinten Deutschland sichtbar bleiben. Die Gesprächsgäste betonten die fortdauernde Relevanz einer differenzierten Auseinandersetzung mit der Geschichte der deutschen Teilung.



Podiumsdiskussion im Abgeordnetenhaus Berlin. Foto: UOKG 2025

Die UOKG in der Öffentlichkeit: Mitwirkung Aktionsstand und Infofilm beim Campus-Kino in Berlin

Am 7. August 2025 war die UOKG zu Gast beim Freiluft-Kino auf dem Campus für Demokratie in der Normannenstraße – und der Abend war ein voller Erfolg. Bei bestem Sommerwetter kamen zahlreiche Besucherinnen und Besucher, um Film, Diskussion und historische Aufklärung unter freiem Himmel zu erleben.

Als Special vor dem Spielfilm-Drama „Tamara“ (2023) präsentierten wir unser Kurzfeature „Zwangsarbeit in der DDR – Im Namen des Profits“. Das Publikum verfolgte die bewegenden Inhalte und die Gesprächsrunde mit Dieter Dombrowski, der eindrücklich über das Thema Zwangsarbeit und die Verantwortung für die Aufarbeitung sprach.

Auch unser Aktionspavillon war ein gefragter Treffpunkt. Viele Gäste nutzten die Gelegenheit, sich zu informieren, Fragen zu stellen und ins Gespräch zu kommen. Bereits vor Filmstart boten Führungen über das historische Gelände spannende Einblicke in die Geschichte der ehemaligen Stasi-Zentrale.

Gemeinsam mit dem Bundesarchiv, dem Berliner Aufarbeitungsbeauftragten und der Robert-Havemann-Gesellschaft gelang ein Abend, der Kultur, Begegnung und politische Inhalte in einer besonderen Atmosphäre vereinte. Vielen Dank an dieser Stelle an alle Beteiligten, die dieses Event möglich gemacht haben!



Barbara Bauer (links), Dieter und Petra Dombrowski am UOKG-Aktionsstand. Foto: UOKG 2025

Die UOKG in der Öffentlichkeit: Mitwirkung

Symposium „Was Menschen Menschen antun“

Am 2. und 3. Oktoberwochenende veranstaltete die Initiative „Aufarbeitung Cottbus – ACB e. V.“ im 35. Jahr der Deutschen Einheit zwei Symposien in Berlin und Cottbus zum Thema „Was Menschen Menschen antun“.

Unter Mitwirkung des Künstlers und Zeitzeugen Gino Kuhn und des Mediziners und Psychoanalytikers Dr. med. Karl-Heinz Bomberg sowie weiteren Gästen fanden die Symposien in Kooperation mit der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V., der Städtischen Sammlung Cottbus, dem Menschenrechtszentrum sowie dem Berliner Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur statt.

Die Transformation der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR in die Deutsche Einheit war mit und trotz Belastungen und Verwerfungen eine Erfolgsgeschichte. Zu den Aspekten der ungenügend beachteten Gerechtigkeitsfrage gehören die Schicksale von Menschen, die durch das Unrechtssystem der SED-Diktatur repressiert wurden.

Somit richtet das Symposium den Blick auf betroffene Menschen, die oft genug fern ab der öffentlichen Wahrnehmung stehen und thematisiert aus therapeutischer, historischer und künstlerischer Sicht einerseits die Ursachen, Wirkweisen und therapeutische Erfahrungen, andererseits aber auch die Bewältigungsstrategien und die Aufarbeitung gesundheitlicher Folgeschäden.



Was Menschen Menschen antun

Retraumatisierung politisch Verfolgter der DDR

Cover des gleichnamigen Buches von Karl-Heinz Bomberg

Die UOKG in der Öffentlichkeit: Mitwirkung

Tagung „Arbeit, Gewalt und Zwang“ in Halle (Saale)

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur und insbesondere die systematische Ausbeutung politischer Häftlinge bleiben ein zentrales Anliegen der UOKG. Einen wichtigen wissenschaftlichen und erinnerungskulturellen Beitrag zu diesem Diskurs leistete die interdisziplinäre Tagung „Arbeit, Gewalt und Zwang – Industriekultur und Verantwortung“, die am 20. und 21. November 2025 im Salinemuseum in Halle (Saale) stattfand. Die unter anderem vom Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e. V., dem Institut für Landesgeschichte sowie der LpB Sachsen-Anhalt veranstaltete Konferenz beleuchtete die dunklen Seiten der industriellen Entwicklung in der Region.

Für die UOKG und ihre Mitgliedsverbände war im Rahmen der zweitägigen Konferenz insbesondere das Panel zur „Strafgefangenenarbeit in der DDR“ von herausragender Bedeutung. Die Wirtschaft der SED-Diktatur war zur Erfüllung ihrer Planziele und zur Generierung dringend benötigter Devisen massiv auf den systematischen Einsatz von Inhaftierten angewiesen – auch politischen.

Dr. Christian Sachse, langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter und Berater der UOKG, analysierte in seinem Vortrag, wie das Regime politische Häftlinge in den Schlüsselindustrien der Bezirke Halle und Magdeburg gezielt zur Zwangsarbeit heranzog und extrem belastenden Arbeitsbedingungen aussetzte.

Die auf der Tagung in Halle vorgestellten wissenschaftlichen Erkenntnisse sind für die UOKG weit mehr als nur ein akademischer Rückblick; sie bilden das unverzichtbare Fundament für die aktuelle gesellschaftspolitische Arbeit des Verbandes. Die detaillierte Erforschung der Zwangsarbeit liefert die essenzielle Grundlage für konkrete Entschädigungsforderungen an Politik und Wirtschaft. Die Tagung hat somit auch ein starkes Signal gesendet: Das Narrativ der Industriekultur muss zwingend die Perspektive der Opfer inkludieren.



Tagungsort Salinemuseum in Halle (Saale). Foto: UOKG 2025

Die UOKG in der Öffentlichkeit: Publikationen

Verbandszeitschrift „der stacheldraht“

Die Zeitschrift „der stacheldraht“ ist ein Informationsblatt für ehemalige politische Häftlinge und Verfolgte in der SBZ/DDR von 1945 bis 1989. Sie erscheint achtmal im Jahr mit jeweils 24 Seiten. Im Vordergrund steht ihr Informationscharakter: Einzelne Betroffene, Verbände, Initiativen sowie am Thema Interessierte und in der Aufarbeitung Tätige sollen möglichst zeitnah und umfassend über die Arbeit der UOKG und anderer Akteure informiert werden.

Die Zeitschrift spielt nicht nur eine Rolle bei der Information, sondern auch bei der Vernetzung der Betroffenen. Sie bietet Raum für persönliche Erfahrungen, historische Reflexionen und aktuelle Entwicklungen, wodurch ein lebendiges Bild der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit entsteht. Besonders bemerkenswert ist dabei die Kombination von rechtlicher Beratung mit persönlichen Berichten, die den Leserinnen und Lesern sowohl Orientierung als auch emotionale Einblicke vermittelt.

Mehr Informationen unter [\[www.uokg.de/stacheldraht\]](http://www.uokg.de/stacheldraht).



Die UOKG in der Öffentlichkeit: Publikationen

Der UOKG Newsletter

Mit dem zweimal jährlich erscheinenden Printmagazin Newsletter hält die UOKG ihre Mitglieder und alle Interessierten auf dem Laufenden – meist passend zu den Verbändetreffen.

Illustriert und übersichtlich präsentiert der Newsletter die wichtigsten Aktivitäten, Projekte und Entwicklungen der UOKG und ihrer Mitglieder.

Die einzelnen Ausgaben des Newsletter können kostenfrei als PDF heruntergeladen werden unter [www.uokg.de/publikationen/newsletter].



NEWSLETTER

2 / 2025



Liebe Leserinnen und Leser!

Am 3. Oktober haben wir den Tag der Deutschen Einheit gefeiert, dieses Jahr ausgerichtet vom Saarland mit einem Festakt und Bürgerfest.

Die Freude, die dort spürbar war, spiegelt sich jedoch aus meiner Sicht nicht in den öffentlichen Debatten wider. Offen gesagt, die Diskussion um eine angebliche Benachteiligung der „Ostdeutschen“ erscheint mir nicht nachvollziehbar. Wir hatten 16 Jahre eine ostdeutsche Bundeskanzlerin, und auch das Amt des Bundes- und Bundestagspräsidenten war bereits in ostdeutscher Hand.

Ja, es stimmt: Netzwerke und wirtschaftliche Entwicklungen, die sich in der alten Bundesrepublik über Jahrzehnte hinweg gebildet haben, lassen sich nicht so schnell aufholen. Erinnern sollten wir aber, dass die kommunistische Diktatur uns daran gehindert hat, unsere Potenziale voll zu entfalten. Ich finde, wir haben allen Grund, stolz und dankbar zu sein.

Wie Kurt Tucholsky schon vor über 100 Jahren sagte: „Auch wenn ein Deutscher nichts hat, Bedenken hat er.“

In diesem Sinne: Lassen Sie uns nicht in altbekannte Klagen verfallen!

Antrittsbesuch der UOKG beim Staatsminister für Kultur und Medien

Dr. Wolfram Weimer ist seit dem 6. Mai 2025 Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien und somit zuständig für Erinnerungskultur und Gedenkstättenpolitik sowie die finanzielle Förderung der UOKG-Geschäftsstelle. Am 18. August fand der offizielle Antrittsbesuch der UOKG e. V. beim Staatsminister im Bundeskanzleramt statt.

Ziel des Besuchs war es, die Arbeit der UOKG und ihrer Mitglieder persönlich vorzustellen und erste Gespräche über die zukünftige Zusammenarbeit zu führen. Es war ein konstruktives Gespräch, in dem die gemeinsamen Ziele wie die weitere Aufarbeitung der SBZ/SED-Diktatur mittels der finanziellen Förderung von Vereinen und Initiativen sowie Gedenk- und Bildungseinrichtungen festgehalten wurden. Außerdem wurde verab-

det, sich gemeinsam für die Einrichtung eines Lehrstuhls mit dem Arbeitstitel „DDR- und Kommunismusforschung, Repression und Widerstand“ stark zu machen.

In seiner Pressemitteilung vom 24. September 2025 teilte Staatsminister Weimer für 2026 eine Etatserhöhung um rund 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr an. Das wären dann ca. 2,5 Milliarden Euro, die u.a. die Erinnerungsarbeit zur SED-Diktatur stärken sollen.

Weimer bestätigte außerdem die Pläne für den Bau eines zentralen Mahnmals für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft. Im weiteren Verlauf lud der Staatsminister am 7. Oktober 2025 zum Fachgespräch „Aufarbeitung des SED-Unrechts“ ein und unser Vorsitzender nutzte die Chance zu einem weiteren Austausch.

Sandra Czech



Die UOKG in der Öffentlichkeit: Publikationen

Der Wochenrückblick

Der UOKG-Wochenrückblick erscheint alle zwei Wochen in Form eines E-Mail Newsletters. Er informiert über relevante Zeitungsartikel, neue Gesetze oder Initiativen im Bereich der Opferentschädigung sowie über Pressemitteilungen der Mitgliederverbände und anderer Institutionen, die sich mit der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Deutschland und Ostmitteleuropa befassen. Darüber hinaus enthält der Wochenrückblick Hinweise auf aktuelle Ausstellungen, Vorträge und Diskussionsveranstaltungen zu diesem Thema. Auf diese Weise leistet er einen Beitrag zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und setzt dem zunehmenden Phänomen der Ostalgie aktiv entgegen.

Rubriken des UOKG-Wochenrückblickes:

- VORAB
- INSTITUTIONEN UND POLITIK
- AUS DEN VERBÄNDEN
- REHABILITIERUNG UND ENTSCHÄDIGUNG
- FORSCHUNG
- ZEITGESCHICHTLICHE THEMEN
- PUBLIKATIONEN
- IN MEMORIAM
- SONSTIGES
- ZUGUTERLETZT
- DAS ZIELFÜHRENDE ZITAT
- VERANSTALTUNGSHINWEISE

Mehr Informationen unter [\[www.uokg.de/wochenrueckblick\]](http://www.uokg.de/wochenrueckblick)



Der Wochenrückblick

E-mail Newsletter der UOKG

Die UOKG in der Öffentlichkeit: Publikationen

Die Wanderausstellung „Mauern. Gitter. Stacheldraht“

Die Wanderausstellung „Mauern. Gitter. Stacheldraht“ beleuchtet die Repressionen in der SBZ und DDR zwischen 1945 und 1990. Im Mittelpunkt stehen die Schicksale junger Menschen, die aufgrund ihrer Einstellung oder Lebensweise verfolgt wurden – darunter deportierte Frauen und Mädchen, Internierte in Speziallagern, politische Häftlinge, Zwangsausgesiedelte an der innerdeutschen Grenze und Verfolgte der DDR-Staatssicherheit.

Die Ausstellung umfasst 17 Tafeln mit über 50 Fotografien und Exponaten. Sie kann als Banner-Ausstellung ausgeliehen oder als Plakat-Ausstellung erworben werden und richtet sich vor allem an Schulen und Bildungseinrichtungen, steht aber auch anderen öffentlichen Einrichtungen, Vereinen, Stiftungen und Parteien zur Verfügung.

Langjähriger Begleiter ist der UOKG-Wanderausstellungsbeauftragte Alexander W. Bauersfeld. Im Jahr 2025 wurde die Ausstellung an fünf Einrichtungen gezeigt, darunter das Bundesarchiv Erfurt, das Dokumentationszentrum Schwerin, das KGB-Museum in Vilnius/Litauen, das Schloss Lübben und der Sächsische Landtag.

Die Herstellung der Ausstellung wurde durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert. Die Präsentation 2019 erfolgte mit Mitteln der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien sowie UOKG-Spenden.

THEMA

Im Jahr 1945 endete der von Deutschland begonnene Zweite Weltkrieg. Mit dem Zusammenbruch des NS-Regimes und den Plänen der Alliierten zu einer umfassenden Demokratisierung schöpften viele Menschen Hoffnung auf einen Neubeginn. Doch bald zerbrach die Anti-Hitler-Koalition. Durch Unterdrückung und Terror errichtete die Sowjetische Militäradministration in ihrer Besatzungszone (SBZ) eine Diktatur nach dem Vorbild der kommunistischen Sowjetunion. Die Staatsgründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) erfolgte 1949 ohne demokratische Legitimation. Die Staatspartei SED regierte über 40 Jahre mit Alleinherrschaftsanspruch. Kritik und Widerspruch wertete das Regime als Angriff gegen die herrschende Partei und die sowjetische Besatzungsmacht. Die Repressionen in SBZ und DDR zwischen 1945 und 1990 waren vielseitig. Zu Leidtragenden wurden meist junge Menschen, die wegen ihrer Einstellung oder Lebensweise in Konflikt mit dem Staat gerieten. Die Ausstellung gibt ihnen ein Gesicht. Sie erzählt von den Schicksalen deportierter Frauen und Mädchen, von Internierten in deutschen und osteuropäischen „Speziallagern“, von politischen Häftlingen in DDR-Zuchthäusern, von an der innerdeutschen Grenze Zwangsausgesiedelten und von den durch die DDR-Staatssicherheit Verfolgten und Inhaftierten.

„Als Theologiestudent in Greifswald dachte ich: So schlimm kann die DDR doch nicht sein. Dann kam der 18. August 1976: Mein 26. Geburtstag und die Selbstverbrennnag von Pfarrer Brüsewitz.“



INFO

Union der Opferverbände
kommunistischer Gewalthertschaft
UOKG e.V.
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Tel +49 30 55 77 93 51
Fax +49 30 55 77 93 40
www.uokg.de

Die Ausstellung
„MAUERN. GITTER. STACHELDRAHT“
kann auch online abgerufen werden:
www.uokg.de/wanderausstellung

Ausstellung gefördert von:
**BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG** 

Präsentation gefördert von:
 **Der Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien**

MAUERN GITTER STACHELDRAHT

Politische
Verfolgung in der
Sowjetischen
Besatzungszone
und in der
Deutschen
Demokratischen
Republik

Eine Ausstellung
der Union der
Opferverbände
kommunistischer
Gewalthertschaft e.V.



Kunstausstellung: www.gallegrom.de (2025)



Info-Flyer zur Wanderausstellung „Mauern. Gitter. Stacheldraht.“

Die UOKG in der Öffentlichkeit: Publikationen

Die UOKG im Internet

In 2025 wurden sämtliche Bereiche der Webseite der UOKG [www.uokg.de] einer umfassenden Aktualisierung unterzogen. Das Wordpress-Backend wurde aktualisiert und auf den neuesten Stand gebracht.

Es werden regelmäßig 10 bis 12 Beiträge im Monat in der AKTUELLES Sektion der Webseite in verschiedenen Unterkategorien gepostet.

Der Bereich VIDEOS wurde ausgegliedert und erweitert. Der Bereich der Publikationen wurde erweitert und regelmäßig mit Updates versehen. Die Unterseiten der einzelnen Projekte wurden neu gegliedert, ausgebaut und nachvollziehbarer chronologisch geordnet, um den Fortschritt einzelner Projekte besser darstellen zu können.

Sämtliche administrativen Unterseiten (IMPRESSUM, DATENSCHUTZ, BARRIEREFREIHEIT) wurden auf den aktuell rechtlich erforderlichen Stand gebracht.

Für die PRESSE wurde eine Unterseite zum Download des aktualisierten UOKG Logos eingerichtet. Die Webseite wurde einer umfassenden SEO-Optimierung unterzogen.

Für 2025 zeigt die Statistik eine Steigerung der Seitenbesuche um ca. 400% auf über 10.000 BesucherInnen.



Die UOKG in der Öffentlichkeit: Publikationen

Die UOKG in den Sozialen Medien

Die UOKG ist in den Sozialen Medien auf den folgenden vier Plattformen aktiv:

Facebook [[@UOKGeV](#)]

Der wichtigste Community-Hub für die direkte Zielgruppe der UOKG: die Betroffenen, ZeitzeugInnen und deren Angehörige. Die Altersstruktur auf Facebook passt am besten zu dieser Kernzielgruppe. Hier finden sich ausführlichere Informationen, Veranstaltungen und Beratungsangebote sowie kommunikativer Austausch. Facebook ist ein etablierter Raum für Solidarität und Vernetzung der verschiedenen Opferinitiativen unter dem Dachverband UOKG.

Instagram [[@uokgev](#)]

Visuell getrieben und am ehesten geeignet, jüngere Zielgruppen zu erreichen, stehen hier greifbare Einzelschicksale, Gedenktage und Aufklärungsprojekte sowie Veranstaltungshinweise und -berichte im Vordergrund. Der Kanal dient als Schaufenster der UOKG. Komplexe historische Themen werden hier visuell ansprechend übersetzt, um Aufmerksamkeit zu generieren und nicht zu akademisch zu wirken.

YouTube [[@uokgnews](#)]

Das digitale, audiovisuelle Gedächtnis und Archiv des Vereins – mit knapp über 650 Abonnenten ist dies ein kleiner, aber historisch extrem wertvoller Nischenkanal. Der Fokus liegt auf der Veröffentlichung von vollständigen Tagungsmitschnitten, Podiumsdiskussionen, Lesungen, Zeitzeugenbefragungen und Image-Filmen. YouTube funktioniert hier nicht als viraler Algorithmus-Kanal, sondern als Mediathek: Journalisten, Forscher und tief in der Materie verankerte Interessierte nutzen dies gern als Primärquelle.

YouTube-Veröffentlichungen im Jahr 2025:

- Gino Kuhn Ausstellung im Roten Rathaus (4 min)
- Novellierung des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes (7 min)
- Vortrag: Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR (92 min)
- Ausstellung: Die Frauen von Hoheneck (2 min)
- Infofilm: Zwangsarbeit in der DDR - Im Namen des Profits (7 min)
- Gedenken und Brücken bauen - Gedenkfahrt nach Toszek (17 min)
- Verbändetreffen der UOKG (49 min)
- Lesung: Verdoppeltes Leben (60 min)
- Aktion: 40 Jahre Lenin in Schwerin sind genug (4 min)
- Bundeskongress politisch verfolgter Frauen (8 Einzelvideos - 318 min)
- Gedenktafel für den Jugendwerkhof Freital (7 min)

LinkedIn [[/company/uokgev](#)]

Auf der B2B- und politischen Netzwerkplattform LinkedIn spricht die UOKG nicht zwingend Betroffene direkt an, sondern in erster Linie Stakeholder wie PolitikerInnen, JournalistInnen, Stiftungen und Multiplikatoren. LinkedIn ist für die UOKG entscheidend, um für politische Entscheidungsträger sichtbar zu sein und die professionelle Relevanz der Arbeit an der Aufarbeitung im politischen Diskurs zu platzieren.

Die UOKG im politischen Raum

Die Verabschiedung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze

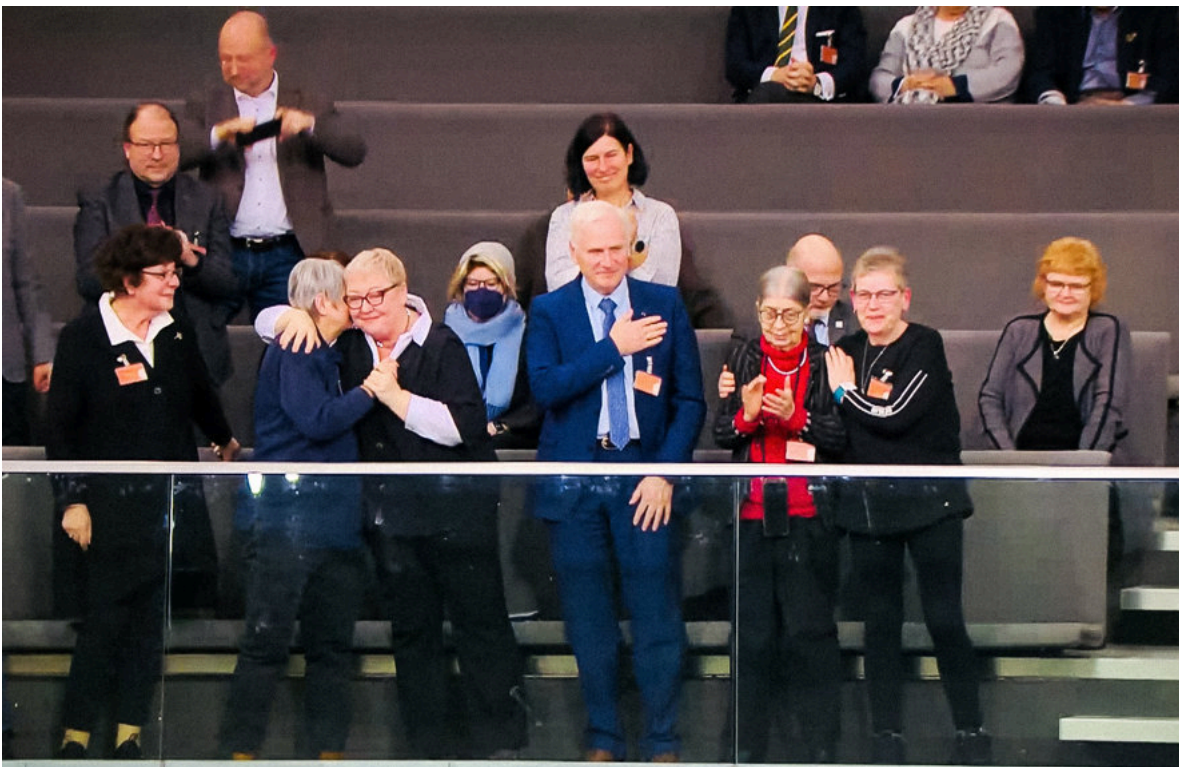
Nach der Sommerpause 2024 setzte sich unser Bundesvorsitzender Dieter Dombrowski intensiv mit Abgeordneten zum Gesetzentwurf über die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze auseinander.

Bei der Anhörung im Rechtsausschuss am 6. November 2024 waren auch unsere stellvertretende Vorsitzende Carla Ottmann und Dombrowski als Sachverständige geladen. Die Gespräche waren zwar anspruchsvoll, zeigten sich jedoch als erfolgreich: Die Abgeordneten erhielten einen klaren Einblick in die Anliegen der SBZ/SED-Opfer, und unsere Forderungen fanden Gehör.

Am 30. Januar 2025 schließlich verabschiedete der Deutsche Bundestag in einer seiner letzten regulären Sitzungen vor der Neuwahl unter Anwesenheit von Teilen der UOKG und weiteren Beteiligten das weitreichende Reformpaket.

Die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze (das sogenannte „Sechste Rehabilitierungsfortschreibungsgesetz“) brachte signifikante Verbesserungen für Betroffene mit sich, die größtenteils zum 1. Juli 2025 in Kraft traten, insbesondere eine Klarstellung des sogenannten Zweitantragsrechts und die Möglichkeit der Antragstellung auf eine Einmalzahlung für Personen, gegen die Zersetzungsmaßnahmen gerichtet waren, obwohl sie sich außerhalb des Beitrittsgebiets befanden.

Es bleibt zu hoffen, dass diese Novellierung den Anfang einer umfassenderen Aufarbeitung der SED-Diktatur markiert und den Opfern langfristig mehr Gerechtigkeit bringt.



Mitglieder der UOKG, Evelyn Zupke, einige Landesbeauftragte und weitere Gäste während der Abstimmung im Januar 2025 im Bundestag. Foto: Livestream des Bundestages 2025

Die UOKG im politischen Raum

Der bundesweite Härtefallfonds

Im Zuge der Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze im Jahr 2025 wurde die Einrichtung eines bundesweiten Härtefallfonds bei der Stiftung für ehemals politisch Verfolgte (StepV) beschlossen.

Ergänzend zu den bestehenden Härtefallfonds in den ostdeutschen Bundesländern wurde damit ein Instrument geschaffen, das Unterstützungsmöglichkeiten unabhängig vom Wohnort der Betroffenen ermöglicht.

Im Stiftungsrat wurde der Bundesvorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski, durch die SED-Opferbeauftragte berufen und zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Zudem ist die stellvertretende Vorsitzende der UOKG, Carla Ottmann, bereits seit 2021 ehrenamtlich im Stiftungsvorstand tätig.



Gremienmitglieder der Stiftung, von links: Katrin Budde, Petra Morawe, Andrea Rugbarth, Dieter Dombrowski und Niels Schwiderski. Foto: Team Zupke 2025

Die UOKG im politischen Raum

Gespräche im Deutschen Bundestag

Zur Durchsetzung unserer Forderungen im Sinne der SED-Opfer und zum Informationsaustausch führt die UOKG regelmäßige Gespräche im Deutschen Bundestag. Es gab Treffen mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages: darunter Uwe Feiler und Carsten Müller.

Im Fokus standen dabei Themen wie die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze, das Mahnmal für die Opfer des Kommunismus, die Rentenproblematik und die Zwangsarbeit in politischer DDR-Haft.

Ein regelmäßiger Austausch mit der SED-Opferbeauftragten Evelyn Zupke ist für unsere Arbeit sehr wichtig und einmal jährlich kommen der Vorstand und das Team der UOKG mit Frau Zupke zusammen.



Vorstand und Team der UOKG, Evelyn und Team Zupke. Foto: UOKG 2025

Die UOKG im politischen Raum

Fachgespräche im Bundestag

Ebenso nimmt die UOKG regelmäßig an den Fachgesprächen der SED-Opferbeauftragten Evelyn Zupke teil. Diese widmeten sich 2025 folgenden Themen:

- am 12. März anlässlich des Gedenkens an 80 Jahre Errichtung der sowjetischen Speziallager in der SBZ
- am 6. November dem systematischen Zwangsdropping in der DDR und seinen Folgen für die Betroffenen
- am 4. Dezember der Rentenproblematik der DDR-Flüchtlinge und Übersiedler.

Auch zu dem von Staatsminister Wolfram Weimer durchgeführten Fachgespräch zur Aufarbeitung des SED-Unrechts wurde die UOKG eingeladen.



Fachgespräch zur Aufarbeitung des SED-Unrechts. Foto: BKM/bundesfoto/kurc 2025

Die UOKG im politischen Raum

Beiräte

Die UOKG ist in einer Reihe von Beiräten vertreten.

Dazu gehören:

die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen,

die Gedenkstätte Berliner Mauer,

das Bundesarchiv,

das Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Diktatur,

die Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau,

der Lernort Keibelstraße

und die Stiftung für ehemalige politisch Verfolgte.

Weitere Gesprächsrunden

Zu nennen sind hier die Verbänderunden der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung in Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt, an denen die UOKG regelmäßig teilnimmt.

Hinzu kommen die einmal jährlich stattfindende Verbänderunde mit dem Brandenburgischen Ministerpräsidenten Dietmar Woidke und der Runde Tisch des Beauftragten für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern Heiko Hendriks in Nordrhein-Westfalen.



Vorstand und MitarbeiterInnen der UOKG im Paul-Löbe-Haus. Foto: UOKG 2025

Wissenschaftlich-konzeptionelle Arbeit

Rechercheprojekte zur Zwangsarbeit in den StVA Rummelsburg und Hoheneck

Von September bis Dezember 2025 realisierte die UOKG zwei kleinere Rechercheprojekte, die sich in die seit 2012 vorangetriebene Forschung zur Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR einordnen. Geleitet wurden beide Projekte von Dr. Christian Sachse, Berater der UOKG.

Das erste Projekt wurde durch den Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Frank Ebert, in einem Umfang von 8.000 Euro finanziert. Als Forscher wurde Dr. Tilman Wickert aus Berlin gefunden. Er untersuchte im angegebenen Zeitraum die Lieferketten verschiedener Ost-Berliner Betriebe in die Bundesrepublik Deutschland, die von Strafgefangenen der StVA Rummelsburg realisiert wurden.

Über die Rechercheergebnisse gibt ein Projektbericht Auskunft. Erstmals wurden die Kopien der eingesehenen Dokumente über OCR maschinenlesbar gemacht und in eine übergreifende Datenbank eingeordnet.

Das zweite Projekt wurde von der Landesbeauftragten des Freistaates Sachsen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Nancy Aris, in Höhe von 6.000 Euro finanziert. Als Forscher wurde Edgar Günther aus Chemnitz gewonnen. Auch hier wurden die Ergebnisse in eine übergreifende Datenbank übernommen. Die Dokumente wurden maschinenlesbar gemacht.

Untersucht wurden in diesem Fall die Exporttätigkeiten von sächsischen Betrieben, die im Strafvollzug Hoheneck angefertigte Produkte in die Bundesrepublik verkauften. Die Ergebnisse sind im dazugehörigen Projektbericht einzusehen.

Beide Projekte hatten zum Ziel, Dokumente zu finden, mit denen sich vollständige Lieferketten aus DDR-Betrieben in die Bundesrepublik belegen lassen. Für die StVA Hoheneck wurden derartige Lieferketten nachgewiesen, für die StVA Rummelsburg - über die bisher keine wissenschaftlich validen Daten vorlagen - wurde mit der Sammlung begonnen.

Die Projektergebnisse gehen in die allgemeine Forschungstätigkeit der UOKG zur Zwangsarbeit ein und stehen auch der Wissenschaft zur Verfügung.

Wissenschaftlich-konzeptionelle Arbeit

Studie zur Lieferkette des VEB Pentacon in der StVE Cottbus

Mit Hilfe der Förderung der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg Dr. Maria Nooke untersuchte Martin Sobczyk anhand von Primärquellen die Lieferketten und den quantitativen Umfang der Haftzwangsarbeit für den VEB Pentacon in der StVE Cottbus.

Der Bericht verdichtet die Quellenlage und macht die Systemrelevanz der Haftzwangsarbeit deutlich. Martin Sobczyk nimmt dabei gezielt Bezug auf die aktuelle Argumentation der Otto Group, wonach „keine Belege aufgefunden wurden, die eine Beteiligung von Häftlingen an für Otto bestimmten Waren nachweisen“ und die „Vorwürfe“ als „wissenschaftlich fragwürdig“ bezeichnen.

Demgegenüber legen die ausgewerteten Finanzberichte und Lohnabrechnungen offen, dass die Fertigungsstelle Cottbus als systemrelevantes Vorfertigungszentrum fest in den Produktionsablauf integriert war und der VEB Pentacon die Bewältigung von Kapazitätsausfällen in Cottbus sogar als „Hauptaufgabe des Kombinats“ deklarierte.

Zugleich bildet die Studie ein wichtiges Bindeglied für weiterführende Forschungen, etwa zur vertiefenden Einordnung von Lieferketten, Verantwortung und Wissensbeständen, wie sie auch im Umfeld der Zusammenarbeit mit dem Hannah-Arendt-Institut ab Dezember 2025 weiterverfolgt wurden.



Ausstellung in Cottbus mit Pentacon-Kameragehäusen und Werkzeugen. Foto: UOKG 2023

Wissenschaftlich-konzeptionelle Arbeit

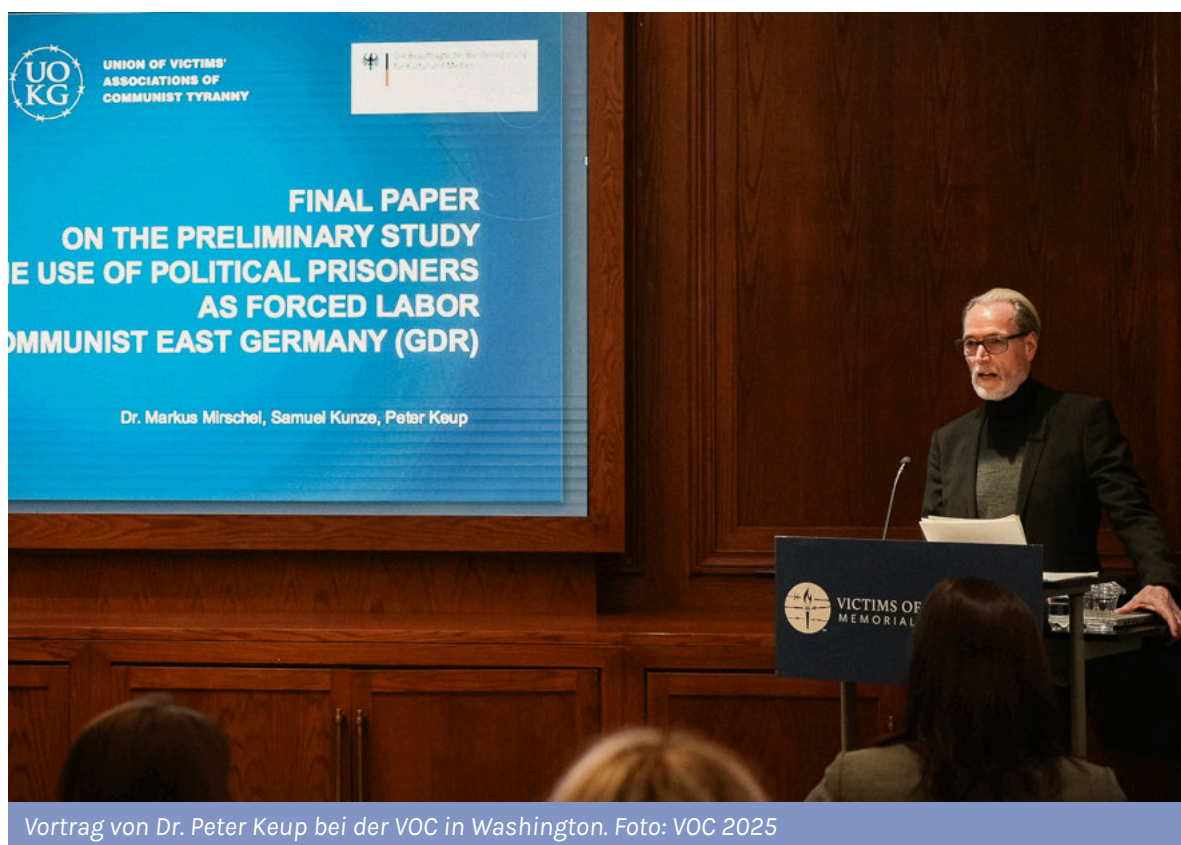
Vorträge zur Haft-Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR

Dr. Peter Keup trug am 4. März 2025 in den Räumen der „Victims of Communism Memorial Foundation“ in Washington/USA zur Haft-Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR für den innerdeutschen Handel am Beispiel der Lieferkette vom VEB Esda Talheim, mit seiner „Produktionsstätte“ im Frauengefängnis Hoheneck, in die Supermarktregale von ALDI-Süd und ALDI-Nord vor. Der Vortrag stieß auf großes Interesse – schon deshalb, weil ALDI in den USA die am stärksten wachsende Supermarktkette ist und dort niemand etwas von Haft-Zwangsarbeit in der DDR als Bestandteil der Firmengeschichte des Konzerns weiß.

Der Vortrag sprach sich herum und so bekam Peter Keup am 4. November 2025 die Gelegenheit, an den Universitäten Harvard und Brandis in Boston ebenfalls zum Thema vorzutragen.

In Deutschland hielt Peter Keup Vorträge zu ALDI in der Gedenkstätte Berlin Hohenschönhausen, an der Ruhruniversität Bochum, am Berufskolleg Essen-West sowie in Dinslaken. Zudem trug er an der Universität Kutaisi in Georgien zum Thema vor.

Am 4. März 2025 hielt Sandra Czech in der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus in Berlin einen Vortrag zu den Bemühungen der UOKG beim Forschungsthema Zwangsarbeit bei Pentacon und der Lieferkette von Praktica-Kameras in die Bundesrepublik Deutschland.



Vortrag von Dr. Peter Keup bei der VOC in Washington. Foto: VOC 2025

Aktivitäten der UOKG mit ihren Verbänden

UOKG-Verbandetreffen im Sommer und Herbst 2025

Inmitten der historischen Kulisse der ehemaligen Stasi-Zentrale in der Normanenstraße trafen sich am 21. und 22. Juni 2025 die Vertreterinnen und Vertreter der Opferverbände und Initiativen der SBZ/SED-Diktatur. Eingeladen hatte die UOKG unter Leitung des Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski. Das Treffen spiegelte einmal mehr eindrucksvoll wider, wie lebendig und zugleich herausfordernd Erinnerungskultur im vereinten Deutschland bleibt.

Zentrales Thema war die jüngste Novellierung des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes vom Januar 2025. Evelyn Zupke, SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag, informierte über die wichtigsten Fortschritte. Außerdem übergab Frau Zupke Dieter Dombrowski den aktuellen Jahresbericht, der am 17. Juni 2025 medienwirksam vorgestellt worden war.

Am 8. und 9. November 2025 fand in der Geschäftsstelle der UOKG das zweite herbstliche Verbandetreffen statt. Im Mittelpunkt stand diesmal der bundesweite Härtefallfonds. Evelyn Zupke stellte die fertiggestellten Richtlinien vor und stand den Teilnehmenden anschließend für Fragen zur Verfügung. Die Gespräche zeigten erneut, wie wichtig dieses Thema für viele Betroffene ist und wie groß der Informationsbedarf bleibt.

Die Verbandetreffen der UOKG zeigen: Aufarbeitung ist kein abgeschlossenes Kapitel, sondern eine andauernde gesellschaftliche Aufgabe. Fortschritte in der Gesetzgebung sind wichtig, doch sie müssen von politischem Willen, öffentlicher Anerkennung und wissenschaftlicher Neugier begleitet werden. Die Opferverbände leisten dabei unverzichtbare Arbeit – gegen das Vergessen und für eine Erinnerungskultur, die sich nicht in Sonntagsreden erschöpft.



Verbandetreffen der UOKG im Juni. Foto: UOKG 2025

Aktivitäten der UOKG mit ihren Verbänden

UOKG-Mitgliederversammlungen im Sommer und Herbst 2025

Die UOKG führt satzungsgemäß zweimal jährlich Mitgliederversammlungen durch. **Sommer 2025:** Der Bundesvorsitzende Dieter Dombrowski berichtete über die Aktivitäten seit November 2024. Im Mittelpunkt standen Gespräche im Bundestag, Beiträge zu Gesetzesvorhaben zur Aufarbeitung des SED-Unrechts sowie Initiativen zur Haft-Zwangsarbeit und zu Gedenkprojekten. Besondere Schwerpunkte waren die Weiterentwicklung des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes, eine Petition zur Zwangsarbeit sowie die Planung eines Mahnmals für die Opfer des Kommunismus.

Zudem wurden zwei Filme zur Haft-Zwangsarbeit und zum NKWD-Lager Tost/Polen präsentiert. In der Aussprache wurden Fragen der historischen Aufarbeitung, der Transparenz des Härtefallfonds und aktuelle Gedenkinitiativen behandelt. Der Verein „Erkenntnis durch Erinnerung e. V.“ wurde einstimmig aufgenommen.

Herbst 2025: Der Bundesvorsitzende berichtete über die Arbeit seit Juni 2025. Schwerpunkte waren politische Gremienarbeit, Erinnerungs- und Bildungsarbeit, juristische Erfolge, laufende Projekte sowie eine Petition mit über 1.500 Unterstützenden. Auch Gedenk- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Planungen für 2026 wurden vorgestellt.

Vier neue Mitglieder wurden aufgenommen: ABH e. V., Stiftung Königsheide e. V., Interessengemeinschaft der Anti-D-Geschädigten sowie Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e. V. In der Aussprache wurden aktuelle Fragen der Aufarbeitung und Projekte diskutiert. Der Vorstand wurde einstimmig entlastet. Bei den Wahlen wurde Dombrowski als Bundesvorsitzender bestätigt, ebenso wurden Stellvertretung, Beisitz und Schlichtungskommission neu gewählt bzw. bestätigt.



Christoph Fichtmüller und Dieter Dombrowski bei der Mitgliederversammlung. Foto: UOKG 2025

Aktivitäten der UOKG mit ihren Verbänden

Gemeinsames Gedenken

Gemeinsam mit den Mitgliedsverbänden und Initiativen der UOKG gedenkt die UOKG der Opfer der kommunistischen Diktatur an vielen Orten mit Kranzniederlegungen, Redebeiträgen und Teilnahmen.

- Am 27. Januar 2025 in der Gedenkstätte Sachsenhausen durch eine Kranzniederlegung des Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski.
- Am 17. Mai 2025 im ehemaligen Lager Ketschendorf/Halbe durch die Teilnahme des Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski.
- Am 10. Mai 2025 an der Gedenkstätte für die Opfer des NKWD-Lagers Tost in Toszek/Polen durch Kranzniederlegung des Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski und weitere UOKG-Mitglieder.
- Am 23. Mai 2025 bei der Gedenkfeier und Anbringung der Gedenktafel „Die letzte Adresse“ für Waldemar Klempin in Oderberg mit Anne Maltusch.
- Am 17. Juni 2025 zum Gedenken des Volksaufstandes in Berlin in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen durch die Kranzniederlegung des Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski.
- Am 17. Juni 2025 zur Gedenkveranstaltung am Bodendenkmal am Bundesfinanzministerium mit Kranzniederlegung von Sandra Czech.
- Am 17. Juni 2025 bei der zentralen Gedenkveranstaltung des Landes Brandenburg in der Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam durch Vorstandsmitglied Roland Lange.



Gedenkfeier am Kommandantenfriedhof des Lagers Sachsenhausen im September. Foto: UOKG 2025

Aktivitäten der UOKG mit ihren Verbänden

Gemeinsames Gedenken

- Am 13. August 2025 zum Gedenken der Opfer des Mauerbaus mit Kranzniederlegung an der Gedenkstätte Bernauer Straße Berlin durch die Teilnahme des Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski.
- Am 13. August 2025 zum Gedenken der Opfer des Mauerbaus mit Kranzniederlegung auf dem Friedhof Seestraße Berlin durch den Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski.
- Am 23. August 2025 zur Gedenkveranstaltung zum Europäischen Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus in Potsdam durch Gisela Rüdiger und den Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski.
- Am 7. September 2025 in der Gedenkstätte Sachsenhausen zum 80. Jahrestag der Verlegung des NKWD-Speziallagers durch eine Kranzniederlegung von Sebastian Sachse.
- Am 27. September 2025 zur Gedenkveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen in Neubrandenburg durch Vorstandsmitglied Sybille Krägel.
- Am 3. Oktober 2025 zur zentralen Feier zum 35. Tag der Deutschen Einheit in Saarbrücken durch die Teilnahme des Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski.
- Am 15. November 2025 bei der Gedenkveranstaltung der Deutschen Kriegsgräberfürsorge anlässlich des Volkstrauertages in Halbe/Brandenburg mit Kranzniederlegung durch den Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski.



Gedenken an die Opfer des NKWD-Lagers Tost in Toszek/Polen im Mai. Foto: UOKG 2025

Aktivitäten der UOKG mit ihren Verbänden

Gedenkfahrt zum NKWD-Lager Nr.2 in Toszek/Polen

Vom 9. bis 11. Mai 2025 veranstaltete Sybille Krägel von der „Initiativgruppe NKWD-Lager Tost“ wieder eine Gedenkfahrt nach Toszek – dem Ort in Polen, an dem 1945 innerhalb kurzer Zeit über 3.000 Internierte durch Entkräftung, Misshandlung oder Krankheit starben und anschließend in Massengräbern verscharrt wurden.

Seit Sybille Krägel 1993 zum ersten Mal mit einigen Ehemaligen nach Toszek kam, organisiert sie regelmäßig Fahrten zur Gedenkstätte für Hinterbliebene und Geschichtsinteressierte. Zeitgleich zur Reise war der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. (VDK) vor Ort und führte die seit letztem Jahr geplanten Grabungen durch. Im November 2024 wurden bereits aufwendige Bodensonndierungen auf dem Gelände durchgeführt, die jedoch im Nachhinein kaum auswertbare Ergebnisse brachten. Die Bodenarbeiten wurden nun mit schwerem Gerät unterhalb des Hangs der Gedenkstätte fortgesetzt. Mithilfe der gewonnenen Informationen kann nun die Lage der ehemaligen Sandgrube, in der die Toten des NKWD-Lagers Tost verscharrt wurden, besser eingegrenzt werden. Leider konnte auch diesmal die Grablage nicht final lokalisiert werden, aber man ist sich nun sicher, dass die ehemalige Sandgrube viel weiter auf das Gelände der dort ansässigen Firma „Terminal Toszek“ reicht. Die UOKG bemüht sich jetzt gemeinsam mit ihren polnischen Partnern, eine Genehmigung für Grabungen auf dem Gelände der Firma zu erwirken.

Am 10. Mai erfolgte ein Besuch der Psychiatrischen Klinik Toszek, dem Ort des damaligen Lagers. Anschließend fand die offizielle Feier an der Gedenkstätte in Toszek statt. Es sprachen Piotr Kunce, 2. Bürgermeister von Toszek; der Konsul



Sybille Krägel während des Besuchs der Psychiatrischen Klinik in Toszek. Foto: UOKG 2025

Aktivitäten der UOKG mit ihren Verbänden

Gedenkfahrt zum NKWD-Lager Nr.2 in Toszek/Polen

Peter Herr vom Deutschen Konsulat Opole; Dr. Nancy Aris, die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur; Bernard Gaida, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten in Polen; Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG; Rafał Bartek, Vorstand des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen und Sybille Krägel von den Initiativgruppe NKWD-Lager Tost 1945.

Am Nachmittag, während einiger kulturellen Darbietungen auf der Burg Toszek, gab es einen lebhaften Austausch zwischen den angereisten Deutschen und den Menschen vor Ort. Sybille Krägel möchte sich auf diesem Wege sehr bei allen Mitreisenden bedanken. Dank geht ebenfalls an die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die die Gedenkfahrt durch eine Förderung möglich gemacht hat.

Am 15. September 2025 wurde Sybille Krägel schließlich im Hamburger Rathaus mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Die 88-Jährige erhielt die Ehrung für ihr jahrzehntelanges ehrenamtliches Engagement bei der historischen Aufarbeitung des ehemaligen sowjetischen NKWD-Lagers Tost/Toszek in Polen.

Mit ihrer Beharrlichkeit und Menschlichkeit hat Sybille Krägel nicht nur unzähligen Familien Gewissheit über das Schicksal ihrer Angehörigen verschafft, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur deutsch-polnischen Versöhnungskultur geleistet. Ihre Auszeichnung im Hamburger Rathaus würdigt diese herausragenden Verdienste.



Grabungsarbeiten des VDK am vermuteten Ort des Massengrabes. Foto: UOKG 2025

Aktivitäten der UOKG mit ihren Verbänden

Jahrestreffen der „Platform of European Memory and Conscience“ in Sofia

Vom 15. bis 17. April 2025 fand das Jahrestreffen der PEMC in Sofia (Bulgarien) statt. Einmal im Jahr treffen sich die europäischen Mitgliedsorganisationen sowie das „Victims of Communism Memorial“ (VOC) Washington zum Erfahrungsaustausch und zur Planung von Veranstaltungen zum Gedenken an die Opfer totalitärer Systeme und gegen den Einfluss Russlands in den ehemaligen sowjetischen Diktaturen.

Dazu gehören die Demontage von Stalin- und Lenin-Statuen sowie die Nachkriegszeit beherrschende Monumente bzw. Darstellungen sowjetischen Heldentums im öffentlichen Raum. In Sofia wurde 2024 im Beisein applaudierender Bulgaren ein Lenin-Denkmal demontiert. Die Initiatoren dieser fast 20 Jahre dauernden Bemühungen um den Abriss dieser das Zentrum der bulgarische Hauptstadt prägenden Statue erhielten im Nachgang nicht nur verheerende Kritik Putin-treuer Akteure, sie sahen sich auch Morddrohungen ausgesetzt.

Die Plattform ist europaweit eine starke Stimme zur Begleitung und Unterstützung derartiger Aktivitäten und soll in der Umsetzung eines Paneuropäischen Denkmals für die Opfer totalitärer Regime in Europas Hauptstadt Brüssel eine besondere Sichtbarkeit bekommen.

Seit dem 15. März 2025 gehört neben Vertreterinnen und Vertretern aus Polen, Bulgarien, Rumänien, Estland, Serbien und Frankreich nun mit Peter Keup auch ein Mitarbeiter der UOKG zum siebenköpfigen Executive Board der PEMC.

Damit besteht die gute Möglichkeit, westeuropäische bzw. deutsche Anliegen und Positionen (auch die der UOKG) in die Arbeit der PEMC einzubringen und die starke osteuropäische Prägung der letzten Jahre hin zu einer mehr gesamt-europäischen Perspektiven zu weiten.



Jahrestreffen der PEMC in Sofia (Bulgarien). Foto: Zornitsa Mitin, PEMC

Aktivitäten der UOKG mit ihren Verbänden

Beteiligungsverfahren für einen Gedenkort in Neubrandenburg

2025 fand in Neubrandenburg ein Beteiligungsverfahren für einen Gedenkort auf dem Gelände der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt (UHA) des MfS in Lindenberg in Neubrandenburg statt, welches ein Konzept zum würdigen Gedenken an das DDR-Unrecht in Neubrandenburg zum Ergebnis haben sollte.

Nach einer Begehung des ehemaligen Haftortes und einer Auftaktveranstaltung mit Vertretern der Stadt Neubrandenburg 2024 berieten sich im Rahmen von vier Workshops unter der Leitung der STERN GmbH Vertreterinnen und Vertreter aus den Reihen der Lokalpolitik, der Opferverbände, der UOKG, der Hochschule Neubrandenburg, dem Stadtbaudirektor sowie dem Landesbeauftragten MV, um über die Zukunft des Gedenkortes Lindenberg zu diskutieren.

Protokolle zu den Workshops kamen stets ca. zwei Monate nach den jeweiligen Treffen, die Abschlussempfehlung gar mehr als ein halbes Jahr nach dem letzten Termin. Die „Zusammenfassende Beschreibung, [...] für einen Ideenwettbewerb zur Entwicklung eines Gedenkortes“ der STERN GmbH entspricht nicht den formalen Kriterien eines Beteiligungsverfahrens, die Inhalte wurden von der Hochschule Neubrandenburg (Prof. Brauer) sowie der UOKG (Dr. Keup) zeitnah moniert.

Auch wenn im Fazit konstatiert wurde: „Die Expert*innen waren sich einig, dass das gesamte Gelände der ehemaligen BV Neubrandenburg des MfS als historisch bedeutsamer Ort erkennbar bleiben sollte“, sind nunmehr obsoletere Fragen des Wohnungsbaus und Abrisses immer wieder eingewoben worden. Sie sollen mutmaßlich die Tür zu einer Ausschreibung öffnen, die Erinnerung NICHT an diesem Ort festlegt, sondern z. B. in das Stadtzentrum verlegt, bzw. die keine persönliche Pflege brauchen (Stelen/Tafeln). Somit ist die Zukunft des Gedenkortes trotz intensiven Austauschs zu Ende 2025 weiter ungewiss.



Freigangszellen der UHA Neubrandenburg. Foto: Andreas Wolff, Gedenkort Lindenberg

Aktivitäten der UOKG mit ihren Verbänden

Protest und Gedenken am Lenin-Denkmal am Großen Dreesch in Schwerin

Am 14. Juni 2025 versammelten sich zahlreiche Demonstranten in Schwerin zu einer Mahnkundgebung am Lenin-Denkmal am Großen Dreesch. Die Veranstaltung wurde organisiert von der UOKG e. V. und der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion. Unter dem Motto „40 Jahre Lenin in Schwerin sind genug!“ wurde ein deutliches Zeichen gesetzt, um auf die problematische Verklärung Lenins und seiner Taten aufmerksam zu machen. Das Lenin-Denkmal wurde mit einem roten Tuch verhüllt, symbolisch für das viele Blut, das im Namen der Kommunisten vergossen wurde und für das er mitverantwortlich ist. Diese Aktion erinnert an die schweren historischen Folgen seiner politischen Entscheidungen und deren Auswirkungen auf unzählige Menschenleben, die von vielen heute noch gezeugt werden.

Anwesend waren neben dem Zeitzeugen Sigurd Blümcke auch Arndt Müller (Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen), Dieter Dombrowski (Bundesvorsitzender der UOKG) und Stefan Krikowski (Vorsitzender der Lagergemeinschaft Workuta und Initiator) sowie einige Nachkommen der Opfer der Sowjetischen Militärtribunale und ehemalige politische Häftlinge und Mitstreiter.

Insgesamt zeigt sich, dass es einen unbedingten Handlungsbedarf gibt, um die Themen der kommunistischen Unterdrückung und politischen Verfolgung aktiv zu thematisieren. Nur so kann ein nachhaltiger Prozess der Aufarbeitung und Versöhnung stattfinden, der sowohl den lebenden Opfern als auch den zukünftigen Generationen gerecht wird.



Gemeinsame Verhüllungs- und Protestaktion am Großen Dreesch in Schwerin. Foto: UOKG 2025

Aktivitäten der UOKG mit ihren Verbänden

Veranstaltungen und Protest #gegenzwangsarbeit in Berlin und Essen

Auch im Jahr 2025 führte die UOKG zentrale Aktionen durch, um die Ausbeutung politischer DDR-Häftlinge in den Fokus zu rücken. Besonders die Konzerne ALDI und OTTO standen dabei wieder im Mittelpunkt der Kritik.

Den Auftakt bildeten Veranstaltungen und Protestaktionen vom 21. bis 23. Februar in Essen und Dinslaken. Betroffene von Haft-Zwangsarbeit machten gemeinsam auf die Problematik und das Verhalten von ALDI aufmerksam und verteilten in der Essener Fußgängerzone, vor einer ALDI-Filiale und der St.-Markus-Kirche in Bredeney ALDI-Info-Flyer.

Im März startete die UOKG die Online-Petition #gegenzwangsarbeit mit der zentralen Forderung, dass Profiteure von DDR-Zwangsarbeit in Deutschland – dem Vorbild von IKEA folgend – Verantwortung übernehmen und in den bundesweiten Härtefallfonds für SED-Opfer einzahlen. Bis September sammelte die Petition bereits über 1.500 Unterschriften sowie Spenden, die für mehr Reichweite und wachsenden öffentlichen Druck sorgten.

Flankiert wurde dieses Engagement durch eine symbolische Protestaktion in Berlin. Im Rahmen eines Verbändetreffens in der ehemaligen Stasi-Zentrale in der Normannenstraße demonstrierten UOKG-Mitglieder am 22. Juni am Pariser Platz in Berlin. Mit Flugblättern und vielen Gesprächen trugen sie das Thema sichtbar mitten in die Hauptstadt und stießen bei Passanten auf großes Interesse.

Das Anliegen der UOKG bleibt unverändert: Die verantwortlichen Unternehmen müssen sich ihrer Historie stellen, auf die Betroffenen zugehen und endlich finanzielle Hilfestellung leisten.



Protest-Aktion der UOKG #gegenzwangsarbeit am Brandenburger Tor im Juni. Foto: UOKG 2025

Die Struktur der UOKG

Die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft – UOKG e. V. ist ein eingetragener Verein mit Sitz in Berlin.

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke und ist überparteilich und parteiunabhängig tätig.

Der Zweck und die Ziele der UOKG werden in der Satzung bestimmt.

So ist Zweck des Vereins als Dachverband die Förderung, Koordinierung und Unterstützung der ihm angeschlossenen demokratischen Opferverbände, die aber ihre Selbstständigkeit behalten.

Die UOKG hat derzeit 37 Mitgliedsverbände (Stand Ende 2025). Im Jahr 2025 wurden fünf neue Mitglieder (**blau gekennzeichnet**) aufgenommen.

Natürliche Personen können Fördermitglieder in der UOKG werden.



Die Struktur der UOKG

Mitgliedsverbände der UOKG

Anlauf-und Beratungsstelle für Menschen mit Heimerfahrung e. V. - UNSER HAUS Berlin

Anti-D Geschädigte Interessengemeinschaft Wandlitz, Brandenburg & Leipzig, Sachsen

Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen Neubrandenburg, Mecklenburg-Vorpommern

Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e. V. Berlin

Aufarbeitungsinitiative Zwangsaussiedlungen (AIZ) Berlin

BdV - Bund der Vertriebenen e. V. Bonn, NRW

Cottbuser Häftlingsgemeinschaft Cottbus, Brandenburg

DDR-Museum Pforzheim - Gegen das Vergessen e. V. Pforzheim, Baden-Württemberg

Doping-Opfer-Hilfe e. V. Berlin

Durchgangsheim Kindergefängnis Bad Freienwalde n. e. V. Fürstenwalde, Brandenburg

Fördergemeinschaft Recht & Eigentum e. V. Neustadt (Dosse), Brandenburg

Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/DDR Diktatur e. V. Berlin

Freiheit - Förderverein Gedenkstätte Andreasstraße e. V. Erfurt, Thüringen

Gedenk- und Begegnungsstätte ehemaliges KGB-Gefängnis Potsdam e. V. Potsdam, Brandenburg

Gedenkort Neubrandenburger Lindenberg - Stasi Untersuchungshaftanstalt e. V. Neustrelitz, Mecklenburg-Vorpommern

Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden - Erkenntnis durch Erinnerung e.V. Dresden, Sachsen

Gründungsinitiative Stiftung Königsheide e. V. Berlin

Initiative verfolgter Schüler und Studenten Berlin

Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e. V. Lieberose, Brandenburg

Initiativgruppe Internierungslager

Ketschendorf e. V. Fürstenwalde, Brandenburg

Initiativgruppe Lager Mühlberg e. V. Mühlberg (Elbe), Brandenburg

Initiativgruppe NKWD-Lager Tost/Oberschlesien 1945 Hamburg

Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e. V. (IEDF) Mannheim, Baden-Württemberg

Interessengemeinschaft ehemaliger politischer Brandenburger Häftlinge Brandenburg, Brandenburg

Interessengemeinschaft Zwangsausgesiedelter Sachsen-Anhalt e. V. Berlin

Internationale Gemeinschaft für Menschenrechte e. V. (IGFM) Frankfurt/Main

Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion e. V. Berlin

Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e. V. Chemnitz, Sachsen

Menschenrechtszentrum Cottbus Cottbus, Brandenburg

OvZ-DDR e. V. - Hilfe für Opfer von DDR-Zwangsoptionen Berlin

PatriaVida e. V. Dresden, Sachsen

Stiftung DDR-Zwangsarbeit e. V. Berlin

Süddeutscher Freundeskreis Hoheneckerinnen Rottenburg, Baden-Württemberg

Verband politisch Verfolgter des Kommunismus e. V. (VPVDK) Berlin

Verein zur Förderung der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ e. V. Potsdam, Brandenburg

VOK Deutschland e. V. - Vereinigung der Opfer des Kommunismus Wittenberge

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. Berlin

Assoziierte

Ehemalige Politische Häftlinge in der CDU

Ehemalige Politische Häftlinge in der SPD

Die Struktur der UOKG

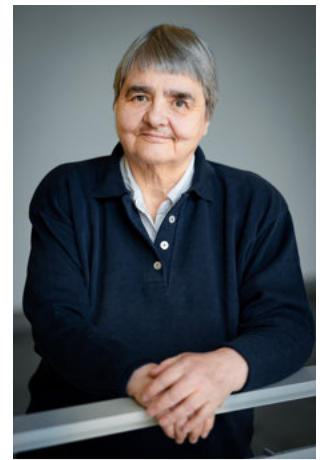
Der Vorstand



Dieter Dombrowski
Bundesvorsitzender
dombrowski@uokg.de



Christoph Fichtmüller
Stellv. Vorsitzender



Karla Ottmann
Stellv. Vorsitzende
ottmann@uokg.de



Inge Bennewitz
Beisitzerin
bennewitz@uokg.de



Konstanze Helber
Beisitzerin
helber@uokg.de



Felix Holtschke
Beisitzer



Sybille Krägel
Beisitzerin
kraegel@uokg.de

Die Struktur der UOKG

Die Geschäftsstelle



Sandra Czech
Referentin für
Grundsatzfragen
s.czech@uokg.de



Peter Keup
Wissenschaftlicher
Mitarbeiter
keup@uokg.de



Dr. Christian Sachse
Wissenschaftlicher
Berater
cs@christian-sachse.de



Petra Dombrowski
Kordinatorin
Vorstand & Verbände
p.dombrowski@uokg.de



Christina Mennel
Finanzen &
Zuwendungen
mennel@uokg.de



Theodor Mittrup
Finanz- &
Verwaltungsmanager
mittrup@uokg.de



Sebastian Sachse
Bildungsreferent
seb.sachse@uokg.de



Christoph-Lucas Hütter
Kameramann

Die Struktur der UOKG

Die Beratungsstelle



Cornelia Kurtz
Beratung Heimkinder &
Zwangsadoptionen
kurtz@uokg.de



Tanja Germer
Psychosoziale & soziale
Beratung
germer@uokg.de



Anne Maltusch
Psychosoziale Beratung
maltusch@uokg.de

Martina Kegel
Juristische Beratung
kegel@uokg.de

Magdalena Kuhn
Psychosoziale Beratung
in Elternzeit

Die Struktur der UOKG

Die Regionalbeauftragten

Baden-Württemberg: Konstanze Helber
helber@uokg.de

Bayern: Dr. Michael Gleau
gleau@uokg.de

Brandenburg: Roland Lange
andreas37@uokg.de

Norddeutschland: Michael M. Schulz
schulz@uokg.de

Nordrhein-Westfalen: Dr. W.-Christian Fuchs
fuchs@uokg.de

Rheinland-Pfalz: Elke Schlegel
schlegel@uokg.de

Sachsen: Gerhard Bause
bause@uokg.de

Thüringen & Sachsen-Anhalt: Klaus Wolf
wolf@uokg.de

Beauftragter für die UOKG-Wanderausstellung:
Alexander W. Bauersfeld
info@uokg.de

Die UOKG im Internet

Die UOKG besitzt seit 2018 einen modernen und regelmäßig und sorgfältig kuratierten Internetauftritt unter [www.uokg.de].

Dort finden Sie Beiträge und Updates zu relevanten Themen sowie Hinweise auf Veranstaltungen, Videos, Publikationen und Aktionen.

Desweiteren ist die UOKG regelmäßig in den Sozialen Medien präsent. Folgen und abonnieren Sie uns gern – so können auch Sie mithelfen, die Themen der UOKG im Netz sichtbarer zu machen.

Hier finden Sie die UOKG in den Sozialen Medien:

YouTube



@uokgnews

facebook



uokgev

Instagram



uokgev

LinkedIn



uokgev

Webseite



www.uokg.de



Die Struktur der UOKG

Impressum

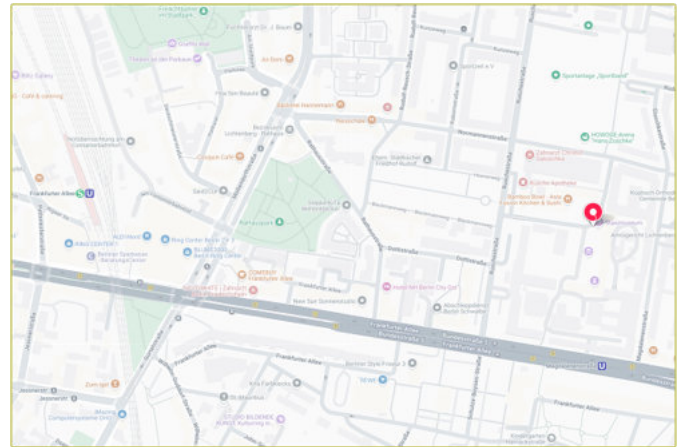
Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V.

Bundesgeschäftsstelle
Ruschestraße 103, Haus 1, Etage 6
10365 Berlin Lichtenberg

Telefon: 030 55 77 93 51

Fax: 030 55 77 93 40

E-Mail: info@uokg.de



Redaktion: Sandra Czech, Sebastian Sachse
Fotos UOKG: Lucas Hütter, Sebastian Sachse, Sandra Czech
Layout: Sebastian Sachse

Spendenkonto

Deutsche Bank Berlin
IBAN: DE79 1001 0024 0734 2728 00
BIC: DEUTDE33HAN
Zweck: Spende UOKG e. V.

Fördergeber

Die UOKG wurde 2025 gefördert:
vom Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, Dr. Wolfram Weimer,
dem Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Frank Ebert
und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.
Danke!



Der Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien



Berliner Beauftragter
zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG





Bundesgeschäftsstelle der UOKG e.V.

Telefon +49 30 55 77 93 51
Fax +49 30 55 77 93 40

Ruschestraße 103, Haus 1
D 10365 Berlin

info@uokg.de
www.uokg.de